

Stadtverordneten-Sitzung zu Düsseldorf

vom 20. Februar 1923.

Tagesordnung:

Verhaftung des Oberbürgermeisters Dr. Röttgen und des Regierungspräsidenten Dr. Grüner.

Vorsitzender I. Beigeordneter Geusen: Ich eröffne die Sitzung. Entschuldigt haben sich die Herren Verten, Gerlach, Leupke, Schäfer und Stocky.

Meine Damen und Herren! Wir haben Sie ohne Innehaltung der vorschriftsmäßigen Frist zu dieser Sitzung einladen müssen, weil es sich um eine außerordentlich dringliche Angelegenheit handelt, nämlich um die Verhaftung und Ausweisung unseres Herrn Oberbürgermeisters und des Herrn Regierungspräsidenten Grüner. Ich nehme an, daß kein Widerspruch gegen die Anerkennung der Dringlichkeit erfolgt. Wir dürfen deshalb in die Tagesordnung eintreten.

Meine Damen und Herren! Nachdem die Verwaltung der Stadt vor einigen Wochen durch die Ausweisung des Bürgermeisters Schmid einen großen Verlust erlitten hat (Stadtverordneter Dr. Ellenbeck: Sehr richtig!), trifft sie jetzt noch ein viel schwererer Schlag: die Verhaftung und darauf folgende Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Röttgen. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr richtig!) Es erfüllt uns dabei nicht nur ein Gefühl des persönlichen Schmerzes und das Gefühl der Verlassenheit, wie das einer Familie, die den Vater verloren hat; vor allen Dingen beklagen wir den Verlust dieses hervorragenden Kommunalbeamten, dessen Tätigkeit in den wenigen Jahren, die seit seinem Dienstantritt verfloßen sind, von allen Mitgliedern der Verwaltung und Vertretung aufs höchste gewertet worden ist und dessen Verlust, besonders in diesen schweren Zeiten, für die Stadt von großem Schaden sein wird (Zustimmung).

Die Verwaltung und die Vertretung der Stadt haben sowohl bei der Verhaftung als auch beim General Simon nachdrücklich Protest gegen die Ausweisung des Herrn Oberbürgermeisters erhoben und dabei auch Mitteilung erhalten über die Gründe, die die Befahungsbehörde veranlaßt haben, Herrn Oberbürgermeister Röttgen auszuweisen. Wir haben den Eindruck empfangen, daß hier eine Reihe von Mißverständnissen vorliegt, die vielleicht aufzuklären sein werden, und deshalb Herrn General Simon gebeten, uns auch noch eine Besprechung mit Herrn General Degoutte zu vermitteln.

Wenn dem Herrn Oberbürgermeister Röttgen aber die Befolgung der Befehle und Vorschriften der deutschen Regierung zum Vorwurf gemacht wird, so muß jeder deutsche Beamte erklären, daß er im gegebenen Falle nicht anders handeln wird und anders handeln kann (Beifall). Herr Oberbürgermeister Röttgen hat bei der Ausweisung des Bürgermeisters Schmid erklärt, daß er sich vor Herrn Bürgermeister Schmid stelle. So kann auch ich und so können mit mir alle Mitglieder der Verwaltung erklären, daß wir uns hinter Herrn Oberbürgermeister Röttgen stellen und daß wir im gegebenen Falle nicht anders handeln werden als er. (Bravo!)

Die Verwaltung wird alles versuchen, um die Ausweisung rückgängig zu machen, und wir wollen hoffen, daß Herr Oberbürgermeister Röttgen uns bald wiedergegeben wird.

In gleicher Weise muß die städtische Verwaltung und Vertretung auch Einspruch erheben gegen die Ausweisung des Herrn Regierungspräsidenten Grüner. Herr Grüner hat durch seine humane und konziliante Art im Verkehr mit den Eingewohnten seines Regierungsbezirks die Liebe und Verehrung aller gewonnen, die mit ihm zu tun hatten. Er hat die Interessen seines Bezirks in hervorragender Weise wahrgenommen und hat auch den Wünschen der Stadt Düsseldorf, der Hauptstadt seines Regierungsbezirks, stets ein offenes Ohr geliehen. Für jedermann aus dem Volke war er stets zu sprechen, und wir haben uns über die mannhafte Art, in der er das deutsche Recht gegen die Befahungsbehörde vertreten hat, immer gefreut.

(Bravo!) Auch hier wollen wir hoffen, daß der einmütige Protest der Einwohner des Regierungsbezirks von Erfolg und auch Herr Regierungspräsident Grüner bald seinem Dienste zurückgegeben sein wird.

Stadtverordneter Schotte: Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Düsseldorf erhebt gegen die Verhaftung und Ausweisung des Oberbürgermeisters Dr. Röttgen durch die französischen Besatzungstruppen scharfsten Einspruch, weil sie diese als einen gewaltsamen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung der Stadt Düsseldorf betrachtet. Die Behandlung des Oberbürgermeisters von Düsseldorf ist nur einer von den vielen Fällen, in denen deutsche Mitbürger wider Recht und Gesetz von den Besatzungsbehörden drangsaliiert worden sind. (Zustimmung.)

Die Fraktion der B. S. P. spricht jedoch gleichzeitig die Erwartung aus, daß von den verantwortlichen deutschen Regierungsstellen alles versucht wird, um den bisher geführten Abwehrkampf in Bahnen zu leiten, die auf dem Wege der Verständigung aus der gegenwärtigen Krise herausführen.

Weiter protestiert die Fraktion gegen die Ausweisung des Regierungspräsidenten Grüner durch die Besatzungstruppen. Sie kann den Besatzungstruppen nicht das Recht zuerkennen, Beamte zu ernennen und abzuberufen, da dieses Recht einzig und allein der verfassungsmäßigen Regierung der deutschen Republik zusteht. (Sehr richtig!)

Stadtverordneter Adams: Meine Damen und Herren! Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Noch ist der Unmut und die Empörung der Bevölkerung, namentlich der Beamten unserer Stadt, über die durch nichts gerechtfertigte Ausweisung des Herrn Bürgermeisters Schmid nicht zur Ruhe gekommen, und schon wieder haben wir einen neuen gewaltsamen Eingriff in unsere städtische Verwaltung zu beklagen: Gestern nachmittag ist unser, von uns allen hochverehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Röttgen verhaftet und gewaltsam aus dem besetzten Gebiet fortgebracht worden. Meine Freunde haben mich beauftragt, gegen diese neue Gewalttat laut und feierlich Einspruch zu erheben und dem einmütigen und eindringlichen Verlangen Ausdruck zu geben, daß unser Oberbürgermeister alsbald seinem Amte und seiner Familie zurückgegeben werde.

Wir empfinden die Ausweisung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Röttgen als ein schreiendes Unrecht gegen diesen in seiner Gesinnung und seiner Amtsführung so vornehmen Mann (Zustimmung) und als eine unverantwortliche Schädigung der Interessen unserer Stadt. In vorbildlicher Gewissenhaftigkeit hat er als aufrechter Mann das so ungemein schwierige Amt des Oberhauptes einer besetzten Stadt verwaltet und mit strenger Rechtlichkeit seine Pflicht getan. Ehre und Gewissen waren die Richtschnur seines Handelns. Wenn der Verkehr mit den Besatzungsbehörden in unserer Stadt bisher ohne wesentliche Reibung vor sich gegangen ist, so ist das in der Hauptsache zweifellos ein Verdienst des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Röttgen. (Sehr richtig!) Ich darf daran erinnern, wie er noch vor wenigen Tagen in der Stadtverordneten-Versammlung, als er des traurigen Unfalls gedachte, dem die kleine Anna Schiffer zum Opfer gefallen ist, gesagt hat: „Wir werden uns einem Gewissenszwange nicht beugen; dennoch werden wir keine Gefühlsplitz treiben und auch gegenüber den Forderungen derer, die laute Demonstrationen und heftige Gesten lieben, in Ruhe und Besonnenheit das tun, was das Wohl der Stadt und des Landes erfordert.“ (Stadtverordneter Dr. Ellenbed: Sehr richtig!)

Die Führer der sämtlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung sind gestern abend bei Herrn General Simon gewesen und haben mit ihm in eingehender Aussprache die Gründe erörtert, die für die Besatzungsbehörde bei der Verfügung der Ausweisung maßgebend waren. Wir haben dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß diese Gründe in der Hauptsache auf einer Verkennung der Grundsätze und der Absichten des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Röttgen beruhen. Deshalb haben wir einmütig die Notwendigkeit einer erneuten Prüfung dieser Gründe betont, weil wir der Ansicht sind, daß eine solche zur Aufhebung der Ausweisung führen muß. Wir haben dabei ganz besonders darauf hingewiesen, daß es ein unerträglicher Zustand ist, wenn der Stadt in der schweren Zeit, in der wir leben, die beiden ersten Beamten genommen werden. Der Herr General hat uns zugesagt, unsere Darlegungen dem Herrn Oberkommandierenden vorzutragen.

Wir werden kein Mittel unversucht lassen, die Rückkehr unseres Oberbürgermeisters zu erwirken. Wie es aber auch kommen mag, wir halten fest an dem letzten Wort, das wir Herrn Dr. Röttgen bei seiner Festnahme sagen konnten: Er ist unser Oberbürgermeister, und er bleibt es! (Lebhafter Beifall.) Wir halten ihm die Treue, die er uns in schwerer Zeit bewiesen hat. In diesem Gedanken

wissen wir uns einig mit den Herren Beigeordneten und den sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt. Sie, meine verehrten Herren (zur Verwaltung), haben jetzt das doppelte Maß von Arbeit und Verantwortung zu tragen. Wir sind überzeugt, daß Sie noch mehr als bisher ihre ganze Kraft in den Diensten der Stadt stellen werden, und ich darf Ihnen in dieser ersten Stunde versprechen, daß wir Ihnen helfen werden, wo es nur möglich ist (Beifall), damit wir unserem Oberbürgermeister und unserem Bürgermeister, wenn sie in einer hoffentlich nicht zu fernem, glücklicheren Zeit zu uns zurückkehren, das städtische Gemeinwesen wohlgeordnet wieder übergeben können. (Erneuter Beifall.)

Dem Einspruch des Herrn Vorsitzenden gegen die Ausweisung des Herrn Regierungspräsidenten Grüner schließen wir uns im vollen Umfange an. Mannhaft und ehrlich hat er während der Zeit der Besetzung sein wichtiges Amt verwaltet, und es ist unverantwortlich, daß man dem größten Regierungsbezirk des preussischen Staates in so schwierigen Zeiten die berufene Leitung raubt. (Zustimmung.)

Wir wissen, daß unsere Mitbürger unsere Empörung über diese Ausweisungen teilen und daß eine tiefgehende Erregung die weitesten Kreise unserer Stadt erfaßt hat. Aber gerade angesichts dieser Erregung müssen wir auf die Worte unseres Oberbürgermeisters hinweisen, die ich soeben angeführt habe, daß wir keine Gefühlsplitz treiben und in Ruhe und Besonnenheit nur das tun dürfen, was dem Wohle der Stadt und des Landes dient. Wir können und wollen der Gewalt nicht Gewalt entgegensetzen. Das ist auch die Meinung und der Wille unserer Reichsregierung, und ihr müssen wir folgen. Es ist ein eigenartiges Geschick, daß dem waffenfähigsten Volke der Welt zum ersten Male in der Weltgeschichte die Aufgabe zufällt, zu zeigen, daß der militärischen Gewalt der Bajonette, Maschinengewehre und Tanks nicht nur mit den gleichen Mitteln roher militärischer Gewalt entgegengetreten werden kann, sondern daß es auch noch andere — höhere, geistige — Mittel in dem Kampfe der Völker gibt. (Sehr richtig!) Wir sollen und müssen zeigen, daß auch die schärfsten Waffen stumpf werden an dem eisernen Willen eines Volkes, das gewillt ist, seine Ehre und seine wirtschaftliche Existenz zu erhalten. (Bravo!) In diesen Gedanken wollen wir einmütig sein und eine eiserne Front bilden, an der alle Versuche unserer Gegner scheitern sollen. Dann werden die Opfer, die so viele brave Deutsche, so viele Beamte — auch unser Oberbürgermeister und unser Regierungspräsident — haben bringen müssen, nicht vergebens gewesen sein. Das waltete Gott! (Lebhafter Beifall.)

Stadtverordneter Bloem: Meine Damen und Herren! Den Erklärungen der Herren Geusen und Adams schließen wir, die Deutsch-demokratische Fraktion, uns an. Auch wir erheben entschieden Einspruch dagegen, daß man unseren Oberbürgermeister wegen seines Verhaltens ausgewiesen hat, denn dieses Verhalten war nichts anderes als treue Pflichterfüllung in vornehmster, vorbildlicher Form. (Sehr richtig!)

Herr Oberbürgermeister Dr. Röttgen hat es sich von Beginn seiner Amtsführung an stets angelegen sein lassen, die Stadtverordneten der verschiedenen Fraktionen einander näher zu bringen und zwischen ihnen das gegenseitige Verständnis zu fördern. Ueberall und stets hat er in kluger Weise ausgleichend und veröhnend gewirkt. So hat er es erreicht, daß zwischen den Stadtverordneten trotz aller grundsätzlichen Gegensätze ein hoher Grad des Vertrauens und der Achtung besteht. (Zustimmung.) Daß dies für die Verwaltung und die Wohlfahrt der Stadt von größtem Werte ist, bedarf keiner Ausführung. Es ist dies ein Erfolg unseres Oberbürgermeisters, für den wir ihm mit der ganzen Bürgerschaft höchste Anerkennung und tiefsten Dank zollen. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr richtig!)

Die Erregung über die Ausweisung dieses Mannes ist deshalb auch eine allgemeine und ganz besonders tiefgehende.

Und was ist die Folge? Er wird durch einen anderen Herrn ersetzt, der sich selbstverständlich genau so wie er verhalten wird. (Zustimmung.) Gibt es überhaupt einen Menschen, der glauben könnte, daß etwas anderes möglich wäre? Wer anders verfahren würde, wäre ja ein meineidiger Verräter seines Vaterlandes. (Sehr richtig!) Die Empörung der Bürgerschaft würde ihn keine Stunde mehr in seinem Amte dulden. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr wahr!); er würde der Verachtung der ganzen Welt anheimfallen. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr richtig!) Und wir? Wir stehen geint und fest hinter unserer treuen Verwaltung und schützen sie. Deshalb ist es ganz unverstänglich, was die Ausweisung bezwecken soll. Die Besatzung kann unmöglich glauben, daß unsere Beamten, daß wir anders handeln werden. Sie selbst würde uns verachten, wenn wir es täten. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr wahr!)

Alles mögen wir verloren haben, die Ehre haben wir nicht verloren, und wir werden sie nicht verlieren, denn nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre. (Lauter Beifall.)

Stadtverordneter **Dr. Ellenbed**: Namens der Deutschnationalen Volkspartei in Düsseldorf stellen wir uns von ganzem Herzen hinter die Worte, die von den Herren Vorrednern zu den Vorfällen, die uns zusammengeführt haben, gesprochen worden sind.

Wir empfinden das Unrecht, das gegen unseren hochverehrten Herrn Oberbürgermeister begangen worden ist als ein Unrecht, das jeden einzelnen von uns trifft und das doch nur als allererste Wirkung die haben wird, daß es jeden einzelnen von uns nur noch fester mit der Gesamtheit zusammenschweißt (Zustimmung.)

Herr Oberbürgermeister Dr. Röttgen ist vor 2 $\frac{1}{2}$ Jahren hierhergeholt worden als der Mann unseres einstimmigen Vertrauens, das von rechts bis links alle Stimmen der Stadtverordneten auf seine Wahl vereinigte. Es ist darum kein Wunder, daß alle Düsseldorfer hoch und niedrig, arm und reich, heute in tiefgehender Erregung es fühlen, daß ihnen der Mann ihres Vertrauens genommen und ihnen damit schwerstes Unrecht geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf aber auch darauf hinweisen, daß die Folgen nicht nur auf der Seite des Gemüts liegen, sondern daß, wenn ein so komplizierter Verwaltungsapparat wie eine Stadtverwaltung in kurzer Zeit zwei ihrer führenden, ersten Beamten verliert und wenn zu derselben Zeit das Haupt des Regierungsbezirks, das in vielen engen Beziehungen zu der Stadtverwaltung steht, gleichfalls weggenommen wird, dann Unruhe in der Bevölkerung daraus entstehen muß (Zustimmung.) Mit schwerer Sorge fragt sich die Bevölkerung in diesen Tagen, wie die Lebensmittelversorgung sich gestalten wird, wie sie alle anderen zum Leben notwendigen Sachen erhalten kann, wenn unseren Behörden die leitenden Männer genommen werden. Ich glaube auch darauf hinweisen zu müssen, daß die Erregung, die durch die Ausweisung des Herrn Oberbürgermeisters entstanden ist, deshalb ganz besonders stark sein muß, weil in diesen Tagen doch ganz Deutschland in einer tiefgehenden Erregung ist. Ist das ein Zustand, über den man sich wundern kann bei einem Volke, von dem man das eine doch wahrhaftig wohl weiß, daß seine Ehre ihm über alles geht?

Herr Stadtverordneter Adams hat von dem gigantischen und tragischen Kampfe gesprochen, in dem Deutschland heute steht, dem Kampfe, den der Lebenswille unserer Nation gegen einen gewaltigen Militärstaat auszutragen hat. Ich möchte — und zwar gerade als Deutschnationaler — trotz aller Erregung, die in unseren Herzen in diesen Stunden klopft, auf das nachdrücklichste von dieser Stelle aus an die gesamte Bürgerschaft die dringende Aufforderung richten, den Austrag dieses Ringens in Würde und eiserner Ruhe zu beobachten. Würde und Ruhe sind nicht nur diejenigen Eigenschaften, die heute die Reichsregierung von uns fordert; Würde und Ruhe zu wahren, ist heute eine sittliche Leistung, schwerer als laute Gesten. Würde

und Ruhe sind zusammen mit unserer Arbeit, unserem Vertrauen und unserem Willen unsere einzigen Waffen, Waffen, die wir mit der Sympathie der ganzen Welt heute noch für uns verwenden können; es sind gleichzeitig aber auch Waffen, die uns keine Nacht der Welt jemals brechen kann. In Arbeit, in felsenfestem Vertrauen und in eisernem Willen werden wir weiter leben. Uns trägt in diesen Wochen die Gewißheit, daß man Deutschland nicht vernichten kann, zu welchem auch wir Deutschnationale — das möchte ich hier ausdrücklich sagen — in diesen Wochen unter Zurückstellung aller Parteistreitigkeiten, wie Meinungsverschiedenheiten über die Staatsform und was es sonst noch sein mag, uns auf Tod und Leben bekennen.

Meine Damen und Herren! Solange wir Männer haben wie den Oberbürgermeister Röttgen, den Bürgermeister Schmid und alle die anderen, solange wird die „Partei der Stadt Düsseldorf“, zu deren Gründung uns Herr Dr. Röttgen aufrief, als er zu uns kam, dastehen wie ein Rocher de bronze. Wir können allem Schicksal zum Trotz mit dem Wort unserer Zukunft entgegensehen, das damals auch das Wort des Herrn Oberbürgermeisters war, das den sieghaften rheinischen Lebenswillen verkörpert, das in unserem Mallesten hier angeschlagen steht, und hinter dem jetzt noch etwas Tieferes steckt, nämlich eine felsenfeste Lebensgewißheit: „Ich komm' doch durch, durch komm' ich doch!“ (Beifall.)

Stadtverordneter **Dr. Petersen (D. V.)**: Meine Damen und Herren! Nach den ausgezeichneten und so warmherzigen Ausführungen der Herren Vorredner bedarf es von unserer Seite kaum eines Wortes, daß auch wir uns aus innerster Ueberzeugung und mit voller Wärme dem hier zum Ausdruck gekommenen feierlichen Protest gegen die Ausweisung unseres städtischen Oberhauptes und des Herrn Regierungspräsidenten anschließen.

Der Besatzungsbehörde muß mit allem Ernste vor Augen geführt werden, daß sie durch ihre rigorosen Maßnahmen unsere städtischen Verhältnisse nach und nach in vollständige Verwirrung bringen wird (Stadtverordneter Halstenberg: Leider!), was natürlich auch für das Wirtschaftsleben unserer Stadt von verhängnisvollster Bedeutung werden muß. (Stadtverordneter Halstenberg: Sehr wahr!) Die Taten der Besatzungsbehörde stehen in krassem Gegensatz zu dem, was sie vorher verkündet hat: sie wolle Frieden und Ruhe, während sie gerade das Gegenteil durch ihre Maßnahmen erreicht. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Vorstehender I. Beigeordneter **Geusen**: Ich bitte, mir die Erklärungen der einzelnen Fraktionen zugänglich zu machen, damit ich sie mit der Erklärung der Verwaltung der Besatzungsbehörde übereinbringen kann.

Das Wort wird nicht weiter gewünscht. Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich schließe die Sitzung.